



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Ministerin**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 30. November 2012

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen des SSW zum Haushaltsentwurf 2013  
- Teil 2 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den 2. Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch den SSW gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2013.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Monika Heinold

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>X</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2013

<b>Einzelplan:</b>	
<b>Seite:</b>	
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	633 Tsd.
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	633 Tsd.

## Frage/Sachverhalt:

In 2010 lösten 670 Tsd. Euro Landeszuschuss 510 Tsd. Euro EU-Fördermittel aus. Wie viel EU-Fördermittel werden für „Frau und Beruf“ in 2013 durch die Landesförderung von 633 Tsd. Euro ausgelöst? Aus welchen Förderprogrammen speisen sich die EU Fördermittel und wo sind diese im Haushalt 2013 veranschlagt? Bestehen diese EU-Förderprogramme und –quoten auch für die Jahre ab 2014 fort oder sind andere EU-Fördermittel ab 2014 zur Co-Finanzierung der Landesförderung einsetzbar?

## Antwort der Landesregierung:

Die Förderanträge der Träger der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ für 2013 liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig vor, so dass der konkrete Förderbedarf 2013 zurzeit noch nicht festgestellt werden kann. Das MWAVT geht nach aktuellen Schätzungen davon aus, dass bei einer Landesförderung von 633 T€ ein Bedarf an EU-Mittel von mindestens 542 T€ besteht. Die Finanzierung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ erfolgt über das Arbeitsmarktprogramm der Landesregierung („Zukunftsprogramm Arbeit“). Bei den EU-Mitteln handelt es sich um Mittel des Europäischen Sozialfonds. Die Landesmittel waren bisher im Epl. 09 veranschlagt und wurden nach dem Regierungswechsel zusammen mit der dazugehörigen Aktionsverantwortung in den Epl. 06 des MWAVT übertragen. Die Landesmittel sind bei Titel 0616.02.684 04 veranschlagt. Die EU-Mittel werden beim Titel 0616.00.272 04 vereinnahmt.

Die siebenjährige Förderperiode des ZPA endet am 31.12.2013. Ab dem Jahr 2014 wird es ein neues Arbeitsmarktprogramm geben, dessen Eckpunkte zurzeit verhandelt und abgestimmt werden. Die Landesregierung ist bestrebt, auch in der neuen Förderperiode ein Beratungsangebot für Frauen zu platzieren, um die Rückkehr und Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>X</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2013

<b>Einzelplan:</b>	Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 (DRS. 18/220)
<b>Seite:</b>	31
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	§ 23 Abs. 5
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	

## Frage/Sachverhalt:

Welche Trassensicherungsverträge gibt es, für welchen Zeitraum sind diese abgeschlossen und welches finanzielle Volumen haben die einzelnen Trassensicherungsverträge? Welche Trassensicherungsverträge sollen neu abgeschlossen bzw. verlängert werden?

## Antwort der Landesregierung:

Zurzeit bestehen insgesamt zwei „Rahmenverträge über die Bestandssicherung von Eisenbahninfrastrukturen der DB Netz AG im Land Schleswig-Holstein“ (sogenannte Infrastruktursicherungs- bzw. Trassensicherungsverträge), die insgesamt ein finanzielles Volumen von jährlich bis zu 67 T€ aufweisen. Der mit der Deutschen Bahn AG – DB Netz AG – abgeschlossene Vertrag besteht noch bis zum 31.12.2013. Er sichert die eisenbahnrechtliche Widmung folgender DB-Strecken:

- Strecke 1001 Flensburg Weiche – Lindholm (jährlicher Kostenansatz für Aufwendungen des Eigentümers aus der Verkehrssicherungspflicht bis zu 50 T€);
- Strecke 1002 Flensburg Weiche – Flensburg Alter Bf (5 T€);
- Strecke 1103 Burg West – Burg [Fehmarn], 5 T€. Die Verkehrssicherungspflicht aus dem Trassensicherungsvertrag entfiel nach Reaktivierung der Strecke zum 31.07.2010.
- Strecken 1214 und 1215 Wilster – Brunsbüttel bzw. St. Michaelisdonn – Anschluss Condea (keine Kostenansätze aus dem Trassensicherungsvertrag, da beide Strecken noch im Güterverkehr bedient werden) sowie
- Strecke 1221 Wrist – Kellinghusen (Mittelholst) (2 T€).

Mit der Erlebnisbahn Ratzeburg GmbH (ERG) besteht bis 31.12.2012 ein solcher Vertrag für die Strecke 1142 Ratzeburg – Hollenbek (5 T€).

Rechtzeitig vor Auslaufen des mit der DB Netz AG bestehenden Vertrages sollen mit der DB Netz AG Verhandlungen über den Abschluss eines Anschlussvertrages mit dem Ziel der Fortsetzung der Trassensicherung über das Jahr 2013 hinaus aufgenommen werden. Der Vertrag mit der ERG läuft zum Jahresende 2012 aus, er soll bis zu einer endgültigen politischen Entscheidung über den Fortbestand der Trassensicherung für die Strecke Ratzeburg – Hollenbek zunächst nur befristet verlängert werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>X</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2013**

<b>Einzelplan:</b>	7
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	10
<b>Titel:</b>	63253 129
<b>Zweckbestimmung:</b>	Anteil des Landes an den Kosten für die Unterrichtung deutscher Kinder in der Hochgebirgsklinik Davos, Schweiz

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	8,2
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	18,0
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	18,0

## Frage/Sachverhalt:

Wonach richtet sich der Anteil des Landes? Wie viele deutsche Kinder aus Schleswig-Holstein waren im Jahr 2011 in der Hochgebirgsklinik untergebracht? Wie viele deutsche Kinder sind in 2012 in der Klinik intergebracht? Wie viele deutsche Kinder werden 2013 in der Hochgebirgsklinik untergebracht sein?

Haben auch ausländische Kinder, die in Schleswig-Holstein wohnen, die Möglichkeit in der Hochgebirgsklinik untergebracht zu werden?

## Antwort der Landesregierung:

Die von den einzelnen Bundesländern zu tragenden Kosten ergeben sich aus der jeweiligen Verweildauer der Kinder eines Bundeslandes gemessen an der Verweildauer aller deutschen Kinder in Davos. Beispielweise betrug die Verweildauer der schleswig-holsteinischen Kinder in 2011 mit 223 Tagen 1,7 % der Verweildauer aller deutschen Kinder (13.030 Tage).

In Davos wurden aus Schleswig-Holstein in den Jahren 2006 bis 2011 zwischen sechs und vierzehn Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Dies entspricht einem Anteil von 1,1 % bis 2,3 %. In dieser Größenordnung werden auch die Anteile des Landes Schleswig-Holstein für 2012 und 2013 erwartet.

Schülerinnen und Schüler der Hochgebirgsklinik Davos sind in Deutschland schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die sich dort aufgrund von chronischen Atemwegs- bzw. Hauterkrankungen stationär aufhalten (Aufenthaltsdauer i.d.R. 4 - 6 Wochen, im Einzelfall auch erheblich länger). Dies trifft auch auf für Schüler/-innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>X</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2013**

<b>Einzelplan:</b>	Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 (DRS. 18/220)
<b>Seite:</b>	23
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	§ 16 Abs. 10
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	

## Frage/Sachverhalt:

Welchen Wert hat das im Absatz 10 genannte Grundstück? Warum wird dieses Grundstück nicht marktgerecht verkauft? Warum ist angedacht, das Haus an den Verein zur Erhaltung und Förderung des alten Botanischen Gartens möglicherweise mit einem Preisnachlass bis zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 Euro zu verkaufen?

## Antwort der Landesregierung:

Eine Wertermittlung über die Grundstücksfläche mit dem stark sanierungsbedürftigen und unter Denkmalschutz stehenden Bestandsgebäude liegt noch nicht vor. Die Fläche liegt innerhalb des Klinikgeländes ohne öffentliche Zuwegung und grenzt an den Alten Botanischen Garten. Die Nutzung des Gebäudes für Krankenversorgung ist nicht möglich, das Gebäude muss daher einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden. Mit der im Entwurf des Haushaltsgesetzes vorgesehenen Ermächtigung soll, wie ausgeführt, eine denkbare Nutzung des Gebäudes durch den Verein zur Erhaltung und Förderung des Alten Botanischen Gartens im Falle sich konkretisierender Absichten haushaltsrechtlich ermöglicht werden. Grundsätzlich sind bei allen Nutzungsüberlegungen die rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere vergabe- und beihilferechtliche Fragen, im Rahmen des weiteren Verfahrens zu prüfen.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
X	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2013

<b>Einzelplan:</b>	Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 (DRS. 18/220)
<b>Seite:</b>	30
<b>Kapitel:</b>	
<b>Titel:</b>	§ 22 Abs. 3
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	

Frage/Sachverhalt:

Warum kann zugunsten der Stiftung Heimholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR) vollständig auf den Erbbauzins verzichtet werden?

Antwort der Landesregierung:

Im Errichtungsgesetz von GEOMAR (Drs. 17/1493 vom 10.05.2011) ist in § 10 festgelegt worden, dass *das im Eigentum des Landes stehende Vermögen, das dem Leibniz-Institut für Meereswissenschaften unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, im Eigentum des Landes verbleibt und mit Inkrafttreten dieses Gesetzes der nach § 1 Abs. 1 errichteten Stiftung, soweit es für die Erfüllung der Zwecke der Stiftung erforderlich ist, **unentgeltlich** zur Verfügung gestellt wird.*

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2013**

<b>Einzelplan:</b>	10
<b>Seite:</b>	65-66
<b>Kapitel:</b>	5
<b>Titel:</b>	633 02 291
<b>Zweckbestimmung:</b>	Landesblindengeld

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	7.529,7
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	7.900,0
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	11.622,3

## Frage/Sachverhalt:

Für 2011 und 2012: Wie viel Berechtigte haben Blindenhilfe bekommen und wie viele Berechtigte haben Landesblindengeld bekommen? Wie hoch waren jeweils die Ist-Zahlen, bzw. die voraussichtlichen Ansatz-Zahlen für die beiden Jahre?  
Welche Zahlen an Berechtigten liegen den Haushaltsansätzen für 2013 zugrunde?

## Antwort der Landesregierung:

## Zu Frage 1:

Die amtliche Statistik ist eine Stichtags (31.12.)- und Verlaufsstatistik, die für 2012 noch nicht vollständig erhoben und für 2011 vom Statistikamt Nord noch nicht veröffentlicht ist. Angaben zur Zahl der Leistungsberechtigten der Blindenhilfe sind daher nicht möglich.  
Die Zahl der Leistungsempfänger des Landesblindengeldes betrug 2011 nach Angaben der Kreise und kreisfreien Städte 3767. Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor.

## Zu Frage 2:

Soweit sich diese Frage auf die Ist-Zahlen der Leistungsberechtigten bezieht, wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Das Ausgaben-Ist für das Landesblindengeld betrug im Jahr 2011 rd.7.500 T€. Für das Jahr 2012 ist für diese Leistung im Landeshalt ein Ansatz von 7.900 T€ vorgesehen. Das Ausgaben-Ist für die Blindenhilfe betrug im Jahr 2011 nach der amtlichen Statistik rd. 2.720 T€. Für die Blindenhilfe gibt es im Haushalt des Landes keinen Ansatz. Die Ausgaben der Blindenhilfe sind kalkulatorisch im Landesbudget nach § 7 AG-SGB XII, das den Kommunen für Ausgaben für alle Leistungen nach dem SGB XII zur Verfügung steht, berücksichtigt. Die Bemessung des Budgets unter Berücksichtigung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege erfolgt auf der Basis der durchschnittlichen Ausgabenentwicklung der Vorjahre.

Zu Frage 3:

Den Haushaltsansätzen für das Landesblindengeld liegt keine Prognose über die Entwicklung der Leistungsberechtigten zugrunde. Für die Blindenhilfe wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.



## Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
X	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2013

<b>Einzelplan:</b>	13
<b>Seite:</b>	9
<b>Kapitel:</b>	1301
<b>Titel:</b>	52601 011
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gerichts- und ähnliche Kosten

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	45,0
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	73,0
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	198,0

Frage/Sachverhalt:

Worin ist die Erhöhung des Ansatzes begründet?
--

Antwort der Landesregierung:

<p>Die Erhöhung der Gerichtskosten in 2013 gegenüber 2012 ergibt sich aus der Neustrukturierung der Ressorts. In den neuen Zuständigkeitsbereichen Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, Energiewende und Planfeststellungsverfahren wird mit erhöhten Ausgaben bei den Gerichtskosten gerechnet.</p>
---

<p>Eingeplant sind für den Bereich der Energiewende und insbesondere für die Planfeststellungsverfahren 60 T€.</p>
--

<p>Zusätzlich zeichnen sich zwei konkrete Verfahren ab; ein Verfahren im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist mit 25 T€ und ein Verfahren in der Abteilung 7 (Reaktorsicherheit und Strahlenschutz) ist mit 40 T€ berücksichtigt.</p>
---

## Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
X	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2013

<b>Einzelplan:</b>	13
<b>Seite:</b>	102
<b>Kapitel:</b>	17
<b>Titel:</b>	34601 521
<b>Zweckbestimmung:</b>	Für Maßnahmen der Dorfentwicklung und des ländlichen Raumes

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	2.616,1
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	42,5
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	2.000,0

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um einen Einnahmetitel, aus dem keine Maßnahmen gefördert werden. Veranschlagt sind ELER-Mittel, die in der Maßnahmegruppe 03 verausgabt werden.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Piraten</b>
<b>X</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2013**

<b>Einzelplan:</b>	13
<b>Seite:</b>	108
<b>Kapitel:</b>	17
<b>Titel:</b>	88305 521
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuwendungen für Dorfentwicklungsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände

<b>Ansatz Ist 2011:</b>	460,0
<b>Ansatz Soll 2012:</b>	58,0
<b>Ansatz Soll HHE 2013:</b>	400,0

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Die zurzeit ausgewählten Projekte, die in 2013 (Teil)Zahlungen erhalten sind der anliegenden Liste zu entnehmen. Die Liste ist nicht abschließend. Es können im laufenden Haushaltsjahr weitere Projekte hinzukommen (Auswahl durch die jeweilige AktivRegion) oder wegfallen bzw. sich verzögern.

Finanzposition	Zuwendungsempfänger (Gemeinde oder Sonstige)	Maßnahme (öffentl. oder private Maßnahmen)
1317.03.88305	Gemeinde Stockelsdorf	Herrengartenpark Stockelsdorf, Wiederherstellung der barocken Wasserachse
1317.03.88305	Stadt Bargteheide	JugendSPORTpark Bargteheide und Umland
1317.03.88305	Gemeinde Henstedt- Ulzburg	Ersatzneubau Brücke Hohnerberg: Wiederherstellung des Brückengeländers
1317.03.88305	Stadt Lauenburg	Leuchtturmprojekt: Neues Elbschiffahrtsmuseum Lauenburg

1317.03.88305	Gemeinde Jersbek	Jersbeker Barockrarten, Eingangsbereich
1317.03.88305	Stadt Bad Schwartau	Restaurierung Ehrenhain
1317.03.88305	Bad Oldesloe	Salzpfad
1317.03.88305	Bad Segeberg	Heinrich-Wickel-Haus
1317.03.88305	Stadt Lütjenburg	Attraktivierung des Schleswig-Holsteinischen Eiszeitmuseums
1317.03.88305	Schulverband Plön Stadt und Land	Schulhofprojekt "Grün macht Schule"
1317.03.88305	Stadt Neustadt i.H.	Herstellung eines Kunstrasenplatzes
1317.03.88305	Amt Mittleres NF	Plattdütsch för de Lütten
1317.03.88305	Berufliche Schule Kreis NF	Intelligente Energieverteilung mit Smart Home (eE4Home)
1317.03.88305	Stadt Rendsburg	Erneuerung der Tribünenanlage der städtischen Sporthalle bei der Herderschule Rendsburg
1317.03.88305	Gemeinde Holm	Machbarkeitsstudie rund um den ortsbildprägenden Hof Kleinwort
1317.03.88305	Stadt Glückstadt	Inwertsetzung des historischen Gebäudes "Wasmer-Palais"
1317.03.88305	Stadt Kellinghusen	Freizeitsportanlage für Kinder und Jugendliche
1317.03.88305	Stadt Bad Bramstedt	Best Ager-gerechte Liftanlage im Schloss Bramstedt